

nicht gut einen höheren Anteil der Arbeitnehmer an der gesamtwirtschaftlichen Vermögensbildung (Leitsatz 1) fordern, gleichzeitig aber die Beteiligung der Arbeitnehmer an dem Vermögen, bei dem sich der Vermögenszuwachs ansammelt, als gesellschaftspolitisches Ziel fallenlassen. So ergibt sich eine höchst bemerkenswerte Situation: In Hinsicht auf die vermögenspolitische Weiterarbeit stimmen die größte deutsche Gewerkschaft und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in *drei Punkten* überein:

Beide Gremien lehnen weitere gesetzliche Maßnahmen ab, die eine *Beteiligung von Arbeitnehmern am Erwerbvermögen* — sei es im Wege der überbetrieblichen Ertragsbeteiligung, sei es über direkte, personenbezogene Leistungen des Arbeitgebers — erzwingen wollen.

Beide Gremien treten nun — nach jahrelangem Zögern — für *tarifvertragliche Abmachungen über vermögenswirksame Leistungen* ein und für die Verbesserung der staatlichen Sparförderung.

Beide Gremien sind jedoch sehr *reserviert gegenüber weiterreichenden gesellschaftspolitischen Funktionen der Eigentumspolitik*. Beide sprechen sich gegen eine „einseitige Betonung des Produktivvermögens“ in der Vermögensdiskussion und Vermögenspolitik aus. So weisen die Arbeitgeber auf das Ergebnis einer von ihnen veranlaßten Meinungsumfrage hin, nach der sich die Bevölkerung eindeutig für eine persönliche, dem einzelnen dienende Vermögensbildung ausgesprochen hat.

Selbstverständlich bedeutet diese Übereinstimmung keineswegs auch Gleichklang der übrigen verteilungspolitischen Zielsetzungen, eher will die IG Metall die Hand frei bekommen für eine stärkere Ausnutzung der Verhandlungsspielräume. Außerdem will sie steuerpolitische Möglichkeiten nicht verbauen.

Neue Ausgangslage?

Aber immerhin ist damit eine Ausgangslage gegeben, die nicht nur den Deutschen Gewerkschaftsbund veranlassen wird, die Strategie der Gewerkschaftspolitik für die Zukunft neu zu überdenken. Bisher hatte man den Eindruck, daß die gewerkschaftlichen Operationen sich dreier Instrumente bedienen sollten: der tariflichen Einkommenspolitik, der Mitbestimmung und — mehr und mehr — der Ausnutzung „kapitalistischer“ Positionen etwa über den Bankensektor oder über Eigentumsmittel an Produktionsvermögen. Offensichtlich sind nun die Grenzen einer solchen Zangenbewegung auch innerhalb der Gewerkschaften empfunden worden. Sie verlaufen dort, wo eine Ausweitung gewerkschaftlicher Zuständigkeiten syndikalistische Trends in Gang bringt und sich Gewerkschaftsfunktionäre plötzlich in der Rolle des Gegenspielers begegnen. Die IG Metall scheint erkannt zu haben, daß das von den Mitgliedern nicht honoriert wird.

Diese Situation wird daher auch den Regierungsparteien Stoff zum Nachdenken geben. Denn alle Argumente, die in den Leitsätzen der IG Metall gegen die überbetriebliche Ertragsbeteiligung und ihre Auswirkungen vorgebracht werden, richten sich auch gegen die Überlegungen der Bundesregierung, auch wenn hier über die Höhe der Gewinnabgabe, über den Kreis der Berechtigten und nicht zuletzt über die Ausgestaltung und Funktion der Fonds von Anfang an nicht so weitgehende Vorstellungen wie beim Deutschen Gewerkschaftsbund bestanden. Man wird gespannt sein, wie weit sich dieses Ausscheren der IG Metall in den zu erwartenden vermögenspolitischen Schritten der Bundesregierung niederschlagen wird.

Paul Becher

Interview

Katholizismus nach den Bundestagswahlen

Ein Gespräch mit dem Präsidenten des ZdK Dr. Vogel

Stärker und zahlreicher als bei früheren Wahlentscheidungen haben sich katholische Gremien und Gruppen im Bundestagswahlkampf bzw. in dessen gesellschaftspolitischen Vorfeld durch Erklärungen, Aufrufe oder auch

öffentliche Werbung für eine bestimmte Partei engagiert. Zum erstenmal haben sich katholische Gruppen und Einzelpersonlichkeiten in nennenswerter Zahl in entgegengesetzten politischen Lagern exponiert. War die Aus-

einandersetzung um die Entscheidung vom 19. November 1972 ein Signal auf dem Wege des deutschen Katholizismus in einen ausgeprägten politischen Pluralismus? Oder ist das Wahlergebnis mit dem unerwartet hohen Sieg der Koalitionsparteien, vor allem der deutschen Sozialdemokraten, Anlaß zum Rückzug in eine politische Außenseiterrolle? Über beide Fragen wie über die Konsequenzen, die sich insgesamt für den deutschen Katholizismus aus dem Ausgang der Wahl ergeben, sprachen wir mit dem Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, dem rheinland-pfälzischen Kultusminister Dr. Bernhard Vogel.

HK: Die politische Landschaft, Herr Dr. Vogel, hat sich durch die letzten Bundestagswahlen einschneidend verändert. Die Gewichtsverschiebungen zwischen den Parteien sind offensichtlich größer, als es die bloßen Prozentzahlen vermuten lassen. Der katholische Bevölkerungsteil hat an diesen Gewichtsverschiebungen mitgewirkt. Er ist auch davon betroffen. Welche Folgerungen würden Sie an Hand des Gesamtergebnisses ziehen?

Vogel: Zunächst möchte ich Ihnen zustimmen, daß die Bundestagswahl eine in diesem Ausmaß nicht erwartete Gewichtsverschiebung gebracht hat, da sie nicht zu knappen, sondern zu sehr deutlichen Mehrheiten geführt hat. Das ist insgesamt eine positive Entwicklung, denn für die Bundesrepublik als Ganzes ist es fraglos ein günstiges Vorzeichen für die Zukunft, wenn eine Partei oder eine Parteienkoalition für eine befristete Zeit einen klaren Auftrag hat und wenn hier nicht ständig Wechsel droht oder bevorsteht. Hinsichtlich der Ausdeutung des Wählerverhaltens einzelner Gruppen rate ich zu größtmöglicher Vorsicht. Wir wissen sehr viel weniger Exaktes, als gegenwärtig in den Diskussionen und Kommentaren geäußert wird. Es blühen die Spekulationen, und es blühen die Schlußfolgerungen, die von sehr vielen Leuten gezogen werden. Nur wenig beruht auf tatsächlich exakten Fakten. Ich glaube, alle gesellschaftlichen Gruppen, auch eine Gruppe wie die Katholiken in der Bundesrepublik, müssen das Ergebnis analysieren und müssen über gewisse Folgerungen nachdenken. Für die Katholiken zeigt sich, daß der generell zu beobachtende Trend eines Abbaus von Hochburgen auch im katholischen Bereich Platz greift, d. h., es gibt weder landschaftlich noch gesellschaftlich, noch konfessionell einseitige Ausrichtungen, sondern es entwickelt sich ein gewisser Trend zur Normalisierung. Die Folgerungen liegen auf der Hand: Die Christlich-Demokratische Union wird über das Ergebnis sehr intensiv, und zwar nicht nur unter personellen, sondern auch inhaltlichen Gesichtspunkten nachdenken müssen. Ich habe aber den Eindruck, als ob auch die Regierungsparteien sich einem Prozeß des Nachdenkens unterziehen müßten. Es gibt Persönlichkeiten bei den Sozialdemokraten, die sehr stark den Gedanken der Klassenpartei neu in die Diskussion gebracht haben. Ich glaube, das Wahlergebnis

rechtfertigt dies nicht. Was die FDP betrifft, so ist spürbar, daß ihr Erstarken ihr auch eine Zunahme von Problemen gebracht hat. Sie weiß wohl genau, daß ihr weiteres Überleben wiederum keine Selbstverständlichkeit ist, sondern daß dieses abhängt von einer geistigen Profilierung zwischen den beiden großen politischen Gruppierungen, zwischen CDU/CSU und SPD.

Sind Katholiken Verlierer?

HK: Noch streiten sich die Wahlanalysiker, ob und wie weit das Wahlverhalten der Katholiken für den Sieg der Koalition bestimmend war. Aber wie vor, so scheinen sie auch nach der Wahl eine gefragte Gruppe zu sein. Der Bundeskanzler hat sich noch in der Wahlnacht für ihre „wachsende Offenheit“ gegenüber der SPD bedankt. Ob er in den katholischen Breiten- und Kernschichten damit auf Gegenliebe stieß, ist allerdings zu bezweifeln. Innerhalb katholischer Gruppen, auch innerhalb der Gemeinden war der Schock über das Wahlergebnis, soweit man hören kann, beträchtlich . . .

Vogel: Von Konrad Adenauer stammt der Satz, daß am Morgen nach einer Bundestagswahl der Wahlkampf für den nächsten Wahltermin beginne. Ich habe den Eindruck, diese Erfahrung hat bei der Äußerung von *Willy Brandt* über die Katholiken ein wenig Pate gestanden; denn vorerst verfügen wir über zu wenig Fakten, um diese Äußerung tatsächlich statistisch belegen zu können. Wenn Allensbach äußert, 5% mehr Katholiken hätten SPD gewählt als vor drei Jahren und 3% Katholiken weniger CDU/CSU, so ist damit ja noch nicht die Frage beantwortet, welche Katholiken nicht CDU/CSU und dafür SPD gewählt haben. Wir wissen nicht, ob es Katholiken sind, die sich zu den praktizierenden Gläubigen ihrer Kirche rechnen oder ob es Katholiken anderer Gruppierungen sind. Daß in den Gruppen und Organisationen über das Wahlergebnis nachgedacht wird, halte ich allerdings bei dem Ergebnis, das wir vorliegen haben, nicht nur für verständlich, sondern für dringend notwendig.

HK: Nun hat es in der gleichen Wahlnacht noch konkretere Feststellungen gegeben. Ein ziemlich angesehener französischer Deutschlandkenner, Politikwissenschaftler und Publizist, *Alfred Grosser* von der Pariser Sorbonne, der sonst im Umgang mit deutschen Bischöfen eher milde zu urteilen pflegt, hat erklärt, der erste Verlierer der Wahl sei die Deutsche Bischofskonferenz. Und als ob diese Aussage seriös genug wäre, wiederholte Grosser sein Wort vom „grand vaincu“ anderntags auf der ersten Seite von „Le Monde“.

Vogel: So groß, daß dieser Satz gerechtfertigt würde oder wäre, ist der Einfluß der Deutschen Bischofskonferenz auf das Wählerverhalten in der Bundesrepublik Deutschland meines Erachtens nicht mehr . . .

HK: Aber auch einer der Führer Ihrer Partei und Mitpräsident im Zentralkomitee der deutschen Katholiken, *Heinrich Köppler*, der Vorsitzende der Rheinischen CDU, meinte, manche kirchliche Amtsträger hätten wohl des Guten zuviel getan, unter ihnen, wie er sich ausdrückte, auch solche „guten Gemüts“.

Vogel: Es bleibt nicht aus, daß im politischen Fragespiel, zumal in hitzigen und längerfristigen Debatten, auch Dinge gesagt werden, die man vielleicht in dieser Form bei nochmaligem Überlegen nicht sagen würde. Ich möchte von vornherein weder alles verteidigen noch in Schutz nehmen, was in den zurückliegenden Wochen vor der Bundestagswahl gesagt worden ist. Aber ich habe doch den Eindruck, daß alles aus einem übergreifenden vorpolitisch motivierten Verantwortungsbewußtsein gesagt wurde. Ich wundere mich nur ein bißchen, daß gerade jene, die sich über lange Zeit nicht genügtun konnten in der Forderung nach mehr Pluralität und mehr Verantwortlichkeit der Laien, jetzt besonders lautstark kritische Anmerkungen machen, wenn auch einmal differenzierte und voneinander abweichende Äußerungen laut werden.

„Themen, um die sich Parteien drücken“

HK: Darauf möchten wir gerne später zurückkommen. Zunächst aber noch zum Thema der letzten Frage. Sie selbst haben vor einigen Tagen in einem Pressegespräch, ich glaube in der „Wormser Zeitung“ festgestellt, man könne eine Wahl heute weder mit der Verteidigung des § 218 noch mit dem Eintreten für verstärkte Entwicklungshilfe gewinnen. Nun könnte man ja im Hinblick auch auf die bekannten Äußerungen beispielsweise von Kardinal *Höffner* über die Wählbarkeit oder Nichtwählbarkeit von Kandidaten rückwirkend fragen, ob nicht gerade eine starke Vermischung von Grundsatzentscheidungen und personalisierter Tagespolitik, wie sie in solchen Äußerungen zum Ausdruck kam, manche Katholiken geradezu zu einer Protesthaltung in die andere Richtung veranlaßt haben.

Vogel: Das halte ich durchaus für möglich; denn auch in diesem Bereich ist ein Entwicklungs- und Lernprozeß ganz fraglos im Gang. Darf ich aber noch einmal ausdrücklich unterstreichen: Aussagen katholischer Bischöfe und übrigens auch einige der Aussagen des Zentralkomitees der deutschen Katholiken sind keineswegs für sich und als solche werbewirksam und decken sich keineswegs als solche mit den Programmpunkten politischer Parteien oder gar mit deren Wahlkampfaußagen. Unsere Aufgabe — so jedenfalls verstehen wir unsere Verantwortung als Repräsentanten solcher Gremien wie des Zentralkomitees — ist es doch nicht, Wahlkampf zu treiben, sondern unsere Aufgabe ist es, in einen bundesweiten Wahlkampf hinein auch Themen anzuschneiden, um die sich Parteien am liebsten drücken würden ...

HK: An welche Themen denken Sie?

Vogel: Ich meine gerade solche Themen, von denen uns Allensbach oder Emnid oder ein anderes Meinungsforschungsinstitut unter Umständen sagt, daß damit keine Stimmen zu gewinnen sind. Ich meine, wir müssen etwas unterscheiden zwischen solchen grundsätzlichen Aussagen etwa zum § 218 oder zur Entwicklungshilfe, um ein paar markante Beispiele zu nennen, und einer politischen Tagesmeinung, die natürlich jeder von uns auch hat. Jeder weiß, daß ich ein engagierter Anhänger einer politischen Partei bin. Aber ich meine, es muß doch trotzdem möglich sein, zwischen dieser engagierten Meinung und grundsätzlichen Äußerungen, die wir als Katholiken zu formulieren versuchen, zu unterscheiden. Und wir sollten in der Diskussion auch beides auseinanderhalten.

„Politisierung bis zur Verbissenheit“

HK: Es entstand aber der Eindruck, gerade diese Differenzierung zwischen Parteimeinung und kirchlicher bzw. katholischer Position, die Sie stark hervorheben, sei den katholischen Statements nicht so recht gelungen. Zum anderen möchten wir fragen, ob darin spezifisch christliche Anliegen, von den genannten, dem § 218 und der Entwicklungshilfe, einmal abgesehen, überhaupt oder deutlich genug zum Ausdruck kamen. Darüber gab es Zweifel, und von daher entstand wohl auch der Vorwurf, die Erklärungen, vor allem die des ZdK, seien dem CDU-Unterbewußtsein zu nahe, als daß in ihnen kirchliche Anliegen und Parteisache deutlich genug unterschieden werden konnten.

Vogel: Es ist eine außerordentlich interessante Sache, einmal die unerhört zahlreichen Stellungnahmen, Briefe u. dgl. zu unserer Erklärung zur Bundestagswahl durchzusehen und zu analysieren. Es findet sich ein breites Spektrum von Stellungnahmen. Sehr häufig ist uns vorgehalten worden, wir seien nicht genügend ins Detail gegangen. Das ist richtig. Wir haben nicht einzelne Gesetzgebungsmaßnahmen oder gar bestimmte Formulierungen in bestimmten Paragraphen gefordert. Und ich meine, wir sollten das auch nicht tun, sondern wir sollten uns um ein paar grundsätzliche Aussagen bemühen. Dazu gehörte, meine ich, auch der Auftrag, nicht nur zur Wahl, sondern auch zum Wahlkampf etwas zu sagen. Dieser hat unter außerordentlich gereizter Stimmung stattgefunden. Er ist sehr verbissen, sehr hart geführt worden. Es gab kaum politische Witze. Es wurde in den Wahlversammlungen sehr wenig gelacht.

HK: Aber es gab auch fröhliche Wahlkämpfer, gerade in Ihrem Lande ... Auch in CDU-Versammlungen wurde gelacht.

Vogel: Nach meiner Erfahrung sehr viel weniger als in zurückliegenden Wahlkämpfen ...

HK: Das lag an den Mannschaften . . .

Vogel: Das lag an den Mannschaften, sagen Sie. Ich würde sagen, das lag an der sehr starken Politisierung, die zum Teil weit über ein stärkeres Engagement, das wir für erfreulich halten, hinausging und fast bis zur Verbissenheit und bis zur Verbitterung führte. Ich konnte in meinem politischen Ressort beobachten, daß noch nie in diesem Maße versucht worden ist, etwa von Erwachsenen den Wahlkampf in die Schulen hineinzutragen, und zwar keineswegs immer, um damit ein Stück lebendige Gemeinschaftskunde zu betreiben, sondern in beachtlichem Maße auch in großer Respektlosigkeit gegenüber dem Kind und dem jungen Erwachsenen, den man dadurch nicht aufklärte, sondern den man in diese allgemeine Konfrontation hineinzog.

„Wir müssen lernen, uns zu tolerieren“

HK: Im Urteil über solche Vorgänge sind wir uns, glaube ich, einig. Aber nochmals zur Frage nach den Grundpositionen katholischer Gremien: welches war ihr eigenständiger Beitrag?

Vogel: Ich meine, daß es gerade angesichts des eben geschilderten politischen Klimas Aufgabe der Nachdenklicheren und Verantwortlichen war, politische Grundfragen herauszustellen. Und wir haben dies, glaube ich, auch wahrnehmbar genug getan. Als Beispiel möchte ich noch einmal unsere sehr grundsätzliche Aussage zur Weiterentwicklung des parlamentarischen freiheitlich-demokratischen Systems anführen, ebenso unsere klare Absage an alle Utopisten, die das System überwinden und verändern wollen. Dies meine ich, sei ein solcher Beitrag gewesen, der über die Begünstigung oder Behinderung einer Partei hinausging, dies, so meine ich, war auch ein sehr grundsätzliches Bekenntnis, das übrigens auch von sehr vielen Wählern und Kandidaten aller drei Parteien akzeptiert worden ist. Und das ist genau in unserem Sinne.

HK: Herr Dr. Vogel, Sie haben in dem vorhin erwähnten Pressegespräch noch einen zweiten Hinweis gegeben. Sie sagten dort, der Flügelpluralismus, der sich auf dem Katholikentag in Essen 1968 abzeichnete, sei 1969 bei der Bundestagswahl noch nicht zum Tragen gekommen, jetzt aber zeigten sich Fernwirkungen. Heißt das, die Katholiken seien nun sozusagen politisch pluraler geworden? Oder ist die jetzige stärkere Hinwendung zu den Koalitionsparteien in erster Linie bedingt durch eine einmalige personelle und politische Konstellation?

Vogel: Ich glaube, daß die Katholiken pluraler geworden sind, um mich Ihrer Formulierung zu bedienen, daß aber ein Prozeß im Gange und noch nicht abgeschlossen ist, der die Frage aufwirft, wie weit dieser Pluralismus gehen kann. Wir haben in der katholischen Kirche sicher noch nicht gelernt, mit diesem Pluralismus tatsächlich zu leben.

Wir haben — ich spreche hier vom deutschen Katholizismus — eine sehr lange Tradition, einen monolithischen Block festgefügtter Ansichten und Meinungen darzustellen, übrigens über viele Jahrzehnte in sehr starker Distanz zum Staat in Deutschland, der ja lange Zeit nur bedingt unser Staat gewesen ist. Wir müssen erst lernen, uns bei Übereinstimmung in den Grundsätzen im vorpolitischen Raum unseres Handelns, die aus unserem Welt- und Menschenbild erwachsen müssen, gegenseitig zu tolerieren, verschiedene Ansichten hinsichtlich bestimmter Kandidaten, hinsichtlich bestimmter akuter Probleme und Programme gelten zu lassen. Dies ist uns bisher tatsächlich noch nicht gelungen. Ich muß aber hinzufügen, es ist insofern auch schwierig, als sich gleichzeitig zu diesem Pluralismus eine gewisse Ermüdungserscheinung im deutschen Katholizismus bemerkbar macht. Die ursprünglich aufbrechende Vitalität der Gegensätze von Essen ist nicht aufgearbeitet, hat aber in einigen Bereichen der katholischen Kirche zu einer gefährlichen Tendenz der Anpassung an den bequemsten Weg geführt. Ich glaube, gerade der Katholikentag in Mönchengladbach 1974 sollte einen Beitrag dazu leisten, diese Erscheinungen genau zu prüfen und sich auch ein bißchen gegen sie zu wenden; denn Pluralismus und Toleranz heißt eben eine Meinung haben, aber die Meinung des anderen respektieren heißt nicht, einmal schlicht und einfach gesagt, überhaupt jede Meinung aufzugeben.

„Demokratie definiert sich durch Wertkonsens“

HK: Wenn ich Sie richtig interpretiere, so sind Sie damit auch der Meinung, daß dem Katholizismus in den letzten Jahren das gesellschaftspolitische Artikulationsvermögen etwas gefehlt hat. Das zum einen. Zum anderen aber: Wenn, wie Sie sagen, die Pluralität innerhalb des Katholizismus, auch innerhalb der konfessionellen Gruppen zunimmt — mit den speziellen pubertären Krankheitssymptomen, die man auch an mancher katholischen SPD-Wählerinitiative feststellen konnte —, dann stellt sich damit ein weiterreichendes parteipolitisches Problem. Der gesellschaftlich verfaßte Katholizismus beginnt als eine der tragenden Säulen im vorpolitischen Raum der Unionsparteien zu zerbröckeln, und das hat natürlich Folgen für die Parteien, das hat aber auch Folgen für die Kirche.

Vogel: Ich würde Ihnen zustimmen. Die Christlich-Demokratische und die Christlich-Soziale Union können nicht mehr einfach bestimmte gesellschaftliche Gruppierungen für sich als sicheren Bestand verbuchen, sondern sie müssen sich auch um diesen Bereich bemühen, und sie werden ihn nur hinter sich bringen, wenn sie diese Anstrengungen unternehmen. Für uns aber, wenn ich jetzt einmal für die Kirche sprechen darf, ergibt sich die Notwendigkeit, den Satz von *P. Wallraff*, die christliche Gesellschaftslehre sei

„ein Gefüge offener Sätze“, nicht nur zu beklatschen, sondern auch die Konsequenz aus ihr zu ziehen. Das Gefüge offener Sätze ist nicht einfacher als der monolithische Block, den wir früher darstellten, sondern stellt wesentlich höhere Anforderungen auch an uns Katholiken. Und wir haben noch viel zu lernen, um diesen Anforderungen auch tatsächlich gerecht zu werden. Wir müssen beispielsweise auch lernen, daß es nicht reicht, etwas zu postulieren und zu meinen, daß dann bestimmte Gruppen auch erfolgreich aus Wahlen hervorgehen. Unsere Aufgabe, die Basis, aus der heraus die Erklärung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken formuliert ist, ist ja nun nach dem 19. November nicht geringer geworden, sondern ist notwendiger und dringender denn je. Wenn wir jetzt etwa eine sozial-liberale Regierung haben, dann wird auch die Notwendigkeit, ihr gegenüber unseren Standpunkt klar zu machen, nicht weniger wichtig, sondern sehr viel dringlicher, als sie es vielleicht vorher gewesen ist. Ich bin noch nicht sicher, ob wir diese Aufgabe alle sehen und ob wir ihr auch gerecht werden können.

HK: Dies würden wir gerne mitunterstreichen, aber wir möchten, wenn Sie diesen aufoktroierten Rollentausch für einen Augenblick akzeptieren, zurückkommen auf das ange deutete parteipolitische Problem. In dem Maße, in dem christliche oder sagen wir konfessions- oder kirchenbezogene Motivationen schwächer werden, sind alle Parteien oder jedenfalls Parteien, die Volksparteien sein wollen, gezwungen, sich ihre Wählerstimmen quer durch alle Bevölkerungsschichten zu holen. Die Unionsparteien werden also ihrerseits das Partnerschaftsverhältnis zu den Kirchen zu überdenken haben.

Vogel: Ich stimme Ihnen in dem, was Sie über die Parteien gesagt haben, durchaus zu, nur möchte ich erinnern an die Auseinandersetzung der Väter der amerikanischen Verfassung. Jene Auseinandersetzung hat Übereinstimmung darüber gebracht, daß eine Demokratie auch definiert ist durch einen gewissen Wertekonsens, d. h., daß sie auch davon bestimmt ist, daß der Staat und auch seine politischen Parteiengruppen, auch wenn sie nicht die Mehrheit haben, ihre Wertekoordinatensysteme tolerieren und ihr das Recht lassen, das Koordinatensystem auch zu formulieren. Und wir möchten gerne, daß es uns gelingt, dieses zu äußern, und daß wir es möglichst nur mit Parteien zu tun haben, die dies respektieren und die nicht versuchen, uns in unseren grundsätzlichen weltanschaulichen Auffassungen und Meinungen zu manipulieren.

HK: Befinden wir uns diesbezüglich in Deutschland nicht in einer Durchgangsphase, die jetzt durch einen gewissen Reideologierungsstand vielleicht gestört, aber eigentlich nicht unterbrochen ist?

Vogel: Gott sei Dank befinden wir uns in keinem Endstadium. Es wäre auch völlig unchristlich, die Geschichte so zu interpretieren, als ob es ein solches Endstadium gäbe. Ich meine in der Tat, daß wir uns in einem Durchgangs-

stadium befinden. Nur habe ich gar keinen Geschmack für jene Pessimisten unter uns, die sagen, Reideologisierung, das sei eine ganz gefährliche Sache und wir müßten auf der Hut sein vor dieser neuen Entwicklungstendenz. Sondern ich möchte hier deutlich sagen, Reideologisierung heißt, positiv ausgedrückt, daß in der Öffentlichkeit, und zwar insbesondere in der jungen Generation wieder Gefühl und Gespür für Sinnfragen des Lebens vorhanden sind. Ich mache darauf aufmerksam und der Wahlkampf hat es auch gezeigt, daß dieses Gespür, teilweise noch sehr verdeckt und sehr profanisiert, durchaus vorhanden ist. Ich meine, hier ist gerade für Katholiken nicht nur eine Gefahr, sondern auch eine ganz große Chance zu sehen. Es ist doch höchst erfreulich, daß in der jungen Generation wieder gefragt wird, was das Ganze eigentlich soll und was es für einen Sinn hat. Wir haben hier, wenn wir wegkommen von der ständigen Nabelschau, als Katholiken ja auch tatsächlich Antworten zu geben.

„Distanz darf nicht fehlinterpretiert werden“

HK: Müßten wir dann aber kirchlicherseits, wenn wir uns aus gesellschaftspolitischer Mitverantwortung gegenüber dem Ganzen deutlicher artikulieren wollen, nicht jede direkte oder indirekte Gleichsetzung mit einer bestimmten Partei, wie es zu recht oder zu unrecht de facto noch geschieht, vermeiden?

Vogel: Zunächst einmal gehört ein Stück Distanz wohl überhaupt zum Christen, wenn er verantwortlich denkt und handelt. Aber diese Distanz schließt auch ein, daß man mit sich selbst ins Reine kommt und daß man sein eigenes Haus tatsächlich einigermaßen in Ordnung gebracht hat, und ich glaube, das können wir im Augenblick von dem Zustand der katholischen Kirche in Deutschland nicht gerade behaupten, wenn man die Entwicklung der Synode, wenn man die innerkirchlichen Diskussionen insgesamt beobachtet. Es ist hier ja wohl noch einiges an Klärung und Einsatz notwendig, damit von einer anziehenden Wirkung überhaupt wieder gesprochen werden kann. Und noch eines: Distanz ist gut, aber Distanz darf nicht fehlinterpretiert werden als eine totale Trennung. Sicher, wir wollen Kirche und Staat nicht vermischen. Wir wollen aber auch nicht so tun, als ob es sich um zwei Reiche oder um zwei Welten handelt. Staat und Kirche, politische Parteien und kirchliche Organisationen wenden sich an den einen Menschen, wenn auch an verschiedene Bezüge in ihm, und darum muß man miteinander im Gespräch bleiben und kann nicht etwa ein Ideal entwickeln, als ob man überhaupt nichts miteinander zu tun hätte. Denn wir sind Kirche, wir sind Staat, wir sind Parteien, und wir sind politisch denkende Menschen.

HK: Uns stellt sich aber immer noch ein grundsätzliches Problem. Wir sehen Schwierigkeiten für ein Zwei- oder

sagen wir Dreiparteiensystem, wenn die Parteien in einem Verhältnis von Weltanschauungsgruppen zueinander stehen. Unsere Parteien sind wenigstens in Teilen ein Stück weit noch Weltanschauungsparteien und bilden ein Gegeneinander von Ideologien. Als solche aber können sie ihre politische Integrationsfunktion für Gruppen gegenüber dem Gemeinwesen teils schlecht, teils gar nicht erfüllen . . .

Vogel: Ich bin hier ganz Ihrer Meinung. Ein Staat, der viele Parteien hat, tendiert von vorneherein in der Entwicklung zu Interessenparteien. Eine Gesellschaft, ein Staat mit wenigen Parteien muß den Ausgleich zwischen den verschiedenen Gruppen in den Parteien selbst suchen. Und für mich ist ein Prüfstein der Parteien die Frage, ob sie zur Integration fähig sind oder ob sie nur *eine* herrschende Lehre und Meinung kennen. Integrationspartei zu sein ist eine viel größere Anforderung an eine Partei, aber es ist, wie Sie schon andeuteten, die Voraussetzung, um überhaupt Mehrheitspartei werden zu können.

HK: Wenn aber die Parteien in sich selbst weltanschauliche Pluralität, die sich auch auf ethische Grundüberzeugungen erstreckt, wirklich akzeptieren wollen, dann könnte die Reform des § 218 die Probe aufs Exempel für eine solche Bereitschaft sein, d. h., die Fraktionen wären gut beraten, die Abstimmung darüber freizugeben . . .

Vogel: Das reicht nicht ganz. Es genügt nicht, die Abstimmung freizugeben, sondern es muß aufgeklärt sein, ob man in allen Parteien, die im Parlament vertreten sind, weiterführende Funktionen wahrnehmen kann, wenn man in dieser Frage seine eigene Meinung und Überzeugung hat. Es langt nicht, wenn man nur so oder so abstimmen darf, sondern es muß auch gesichert sein, daß der, der eine bestimmte Entscheidung trifft, keine innerparteilichen Repressalien befürchten muß.

HK: Dies hatten wir selbstverständlich vorausgesetzt, aber vielleicht haben Sie konkrete Vorgänge im Blick . . .

Vogel: Selbstverständlich habe ich konkrete Vorgänge im Blick, wenn ich dies fordere, und nicht nur Eingeweihte wissen, welche Personen bzw. Personengruppen angesprochen sind.

„Ein Weg, den wir begrüßen“

HK: Die Bischöfe haben mit ihrer Erklärung zu gesellschaftspolitischen Entwicklungen wenigstens formell und methodisch den Weg zu einer größeren Distanz zu den Parteien beschritten. Von der Erklärung des Zentralkomitees hatte man diesen Eindruck nicht unbedingt. Dennoch hat man sich gerade seitens des Zentralkomitees, auch vorhin klang das an, energisch dagegen verwahrt, Bischofskonferenz und Zentralkomitee „auseinanderzudividieren“. Wäre aber eine solche Arbeitsteilung auch mit

allen Konsequenzen für die Wertung von Aussagen nicht eher natürlich? Das Zentralkomitee hätte dann die Freiheit, sehr viel konkreter zu sprechen, ohne die Kirche insgesamt auch als Amtskirche zu belasten, und die Hierarchie hätte die Möglichkeit, stärker von den Grundsatzfragen her zu argumentieren.

Vogel: Ich möchte die Art und Weise, wie die deutschen Bischöfe sich zu den gesellschaftspolitischen Problemen und zur Bundestagswahl geäußert haben, nachdrücklich begrüßen. Ich finde das eine sehr abgewogene, eine sehr zutreffende und eine in der notwendigen Distanz formulierte Stellungnahme, die ich nur vorbehaltlos begrüßen kann. In der Tat meine ich, das Zentralkomitee steht nicht in denselben Bindungen wie die Bischofskonferenz, verfügt nicht über die gleiche Autorität, nicht die gleiche amtskirchliche Position. Folglich braucht es auch nicht mit einer solchen Distanz und solcher Vorsicht zu formulieren. Ich bin nur erstaunt, daß gerade jene, die früher den Bischöfen vorwarfen, den Laien nicht den Raum zu lassen für ihre Formulierungen, jetzt versuchen, zwischen den Äußerungen der Bischofskonferenz und den Äußerungen des Zentralkomitees Unterschiede und Meinungsverschiedenheiten interpretieren zu können.

HK: Aber unterschiedliche Akzente, notfalls auch einmal Meinungsverschiedenheiten, wären ja nichts Anrüchiges . . .

Vogel: Keineswegs, aber hier sind sie eben nicht gegeben. Deutlich spürbar geworden ist hingegen die Bereitschaft, die Laien, wenn Sie so wollen, mündiger werden zu lassen, ihnen in ihren ureigensten Angelegenheiten ihr eigenes Wort zuzugestehen und sich mit der bischöflichen Amtsautorität auf grundsätzliche Aussagen zu konzentrieren. Ich meine, hier sei ein Weg deutlich geworden, den wir nur begrüßen, unterstützen und fördern sollten und den wir nicht dadurch blockieren dürfen, daß wir nun Unterschiede hineininterpretieren, die gar nicht vorhanden sind.

HK: Während des Wahlkampfes kam es auch zu Auseinandersetzungen mit evangelischen Partnern. Es wurden ziemlich scharfe und öffentliche Briefwechsel geführt, etwa mit Bischof *Scharf*, aber auch zwischen Ihnen und den Repräsentanten des Evangelischen Kirchentages. Nun sind zwar politische Gegensätze zwischen Katholiken und Protestanten aufgrund eines unterschiedlichen Kirchenverständnisses und noch mehr aufgrund der ungleichmäßigen Parteipräferenzen auf beiden Seiten nichts Neues. Wird aber die eben erst auf breiter Front feststellbare Verständigungs- und Kooperationsbereitschaft im kirchlichen Bereich durch politische Gegensätze wieder in Frage gestellt?

Vogel: Ich hoffe, daß dies nicht der Fall sein wird, und ich bemühe mich deswegen darum, das schon vor der Wahl angebotene Gespräch zwischen Repräsentanten der beiden Kirchen jetzt tatsächlich auch zu führen. Ein gewisser schärferer, oder wenn Sie so wollen, kühlerer Ton ist in

der Tat hineingekommen. Es gab Stellungnahmen, die so etwas wie eine Zensurierung unserer Äußerungen dargestellt und die deswegen eine gewisse Belastung mit sich gebracht haben. Aber ich glaube, bei beiderseitigem gutem Willen ist dies auszuräumen. Es darf nicht dazu kommen, daß die Hitze des Wahlkampfes sich auch auf die Beziehungen der beiden Kirchen und ihrer repräsentativen Gremien zueinander niederschlägt. Ich meinerseits möchte mich mit dem Zentralkomitee jedenfalls um einen Abbau der hier aufgetretenen Spannungen bemühen.

HK: Welche Folgerungen würden Sie angesichts der politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik und der politischen Orientierungen im deutschen Katholizismus für das ZdK, auch für seine personelle Zusammensetzung ziehen? Soll sich politischer Pluralismus auch in diesem Gremium widerspiegeln, dann ist es doch weder mit einer gewollten einseitigen Nähe zu den Unionsparteien, noch mit einer gewollten quasiparitätischen Besetzung seiner Gremien nach parteipolitischer Zugehörigkeit getan . . .

Vogel: Es kann nicht dahin kommen, daß die Zusammensetzung der Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken sich nach dem Ausgang irgendwelcher Wahlen oder den Ergebnissen irgendwelcher Meinungsumfragen richtet. Die Mitglieder des Zentralkomitees sind teilweise gewählt, teils delegiert, teils kooptiert, teils auf anderem Wege in diese Versammlung entsandt, und es ist das Recht der entsendenden Gremien, ihre Personalentscheidungen zu treffen. Ich möchte die Gegenfrage stellen, ob sich alle, die sich in Wahlkämpfen um Stimmen von Katholiken bemühen, auch außerhalb von Wahlkämpfen im aktiven Einsatz und aktiven Engagement in den Räten unserer Diözesen, in unseren Verbänden und Organisationen in gleichem Umfang bemühen oder nicht.

HK: Dieser Forderung wird kaum jemand widersprechen können. Dennoch: muß oder sollte das ZdK als Repräsentant des gemeindlich und verbandlich verfaßten — entschuldigen Sie das Wortungetüm — Laienkatholizismus sich nicht um eine ausgewogenere Vertretung aller katholischen Richtungen in seinen Gremien bemühen, um so auch seine Gesprächsbasis zu verbreitern?

Vogel: Zum ersten: Die Zusammensetzung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken ist nicht und kann nicht sein die Widerspiegelung der politischen Meinung von Katholiken, sondern ist die Widerspiegelung des Engagements katholischer Laien in Organisationen, Verbänden, Diözesen und anderen Institutionen. Zum zweiten: Natürlich muß das Zentralkomitee seine Gesprächsbereitschaft und wenn möglich die Gesprächsbasis verbreitern. Man muß aber bitte dann auch zu Gesprächen mit uns bereit sein. Nur wenige Adressaten aus den politischen Parteien haben auf unsere Wahlkampfaussagen oder auf sehr zahlreiche Erklärungen des Zentralkomitees zu anderen Fragen, zur Wehrdienstverweigerung, zum

Mißbrauch der Demokratie, zum § 218 substantiell geantwortet. Die meisten haben es bei globaler Zustimmung oder globaler Kritik bewenden lassen.

HK: Gilt das auch für Ihre eigene Partei?

Vogel: Diese Kritik richtet sich grundsätzlich an die Adresse aller Parteien. Ich muß allerdings hinzufügen, daß natürlich der, der Aussagen eines anderen global ablehnt oder kritisiert, in höherem Maße verpflichtet ist, sein Urteil zu begründen, als der, der sich zustimmend äußert.

„Ich plädiere für eine offene Aussprache“

HK: Eine abschließende Frage, Herr Dr. Vogel: Soweit wir es überblicken, drohen nach diesen Wahlen, die so oder so einen Einschnitt im politischen Bewußtsein der Katholiken bedeuten, zwei Gefahren: Die eine haben Sie bereits genannt: Es ist die der Anpassung, eines gewissen Opportunismus der bloßen Interessenwahrung. Diese Gefahr ist auch bei Kirchenmännern da und dort vorhanden, und sie ist nach den Wahlen auch schon gelegentlich angeklungen. Die zweite Gefahr ist die Tendenz des Rückzuges in die Situation der zornigen Minderheit. Welche wäre für Sie die geringere, oder lassen sich beide vermeiden?

Vogel: Ich möchte die Übel nicht in Prioritäten erfassen; denn meiner persönlichen Auffassung entsprechen beide Verhaltensweisen in gleichem Umfang nicht. Ich bin entschieden gegen eine vordergründige Anpassung; ich bin ebenso entschieden gegen das Sich-Zurückziehen in den Schmollwinkel der Minderheit, sondern ich plädiere für eine offene und klare Aussprache. Ich plädiere beispielsweise auch dafür, daß man der neuen Regierung eine faire Chance gibt und sie nun nicht an der Aussage aus der Wahlnacht, mehr Katholiken hätten diese Koalitionsregierung gewählt, mißt, sondern daß man sie danach beurteilt, wie auf die neu erschlossenen Wählerschichten in den Gesetzgebungsprogrammen der künftigen Regierung Rücksicht genommen wird. Wird man jetzt etwa in der für uns sehr bedeutsamen Frage des § 218 eher bereit sein, mit uns das Gespräch zu suchen, oder wird es dort zu einer Verhärtung kommen? Es gab nach Godesberg erfreuliche Anzeichen für einen Brückenschlag zwischen den Katholiken und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Wir möchten diesen Brückenbau nicht eingestellt sehen, sondern wir sind durchaus zu einer Fortsetzung bereit, aber er muß von beiden Seiten tatsächlich in Angriff genommen werden. Deswegen plädiere ich eben dafür, sich nicht anzupassen, sondern klar zu sagen, was man selber denkt und meint, sich nicht zurückzuziehen, sondern sich offen der Diskussion mit jedem, der das möchte, zu stellen. Aber das bedeutet, daß man etwa Versöhnung und Verständigung nicht mißinterpretiert als

Verzicht auf einige Standpunkte. Das bedeutet auch, daß man etwa eine Demokratie nicht fehlinterpretiert allein als Herrschaft der Gleichheit, sondern daß man die anderen Begriffe der Französischen Revolution, die der Freiheit und Brüderlichkeit, ebenso in die Interpretation mit einbezieht. Dazu gehört, daß man den freien gesellschaftlichen Gruppen einen Lebensraum sichert, in dem sie

ihre besonderen Anliegen auch wirklich artikulieren. Es ist selbstverständlich, daß wir an der Weiterentwicklung dieses Staates mit ganzer Kraft mitgestalten wollen und daß überhaupt kein Grund besteht, sich nun zurückzuziehen, die Arme zu verschränken und alles, was kommt, den anderen anzulasten.

Tagungsbericht

Der Heilige Geist - vom Volk Gottes vergessen?

Zur einer Wochenendtagung der Katholischen Akademie in Bayern

„Heiliger Geist — vom Volk Gottes vergessen?“ lautete das Thema, das vor kurzem auf einer Tagung der Katholischen Akademie in Bayern vom 3./4. Dezember zur Diskussion gestellt wurde. Schon die Formulierung provozierte eine *Gegenfrage*: Läßt sich der Heilige Geist überhaupt so aus der Trinität herauslösen, daß man ihn vergessen, die beiden anderen Personen aber behalten kann? Ist nicht Theologie, ist nicht Christologie immer auch *Pneumatologie*, nämlich Begründung des Glaubens an den in die individuelle und kollektive Geschichte hineinwirkenden Geist Gottes, der in seinem Sohne menschlich wurde? Und wenn die dritte Person der Trinität im Bewußtsein des Volkes keine Rolle spielt — heißt das unbedingt, daß dieses Volk — oder Teile der Christenheit — nicht mehr im Geiste Jesu Christi miteinander und in der Welt zu leben versuchen? Und wenn das, was die Begriffe *ruah*, *pneuma*, *spiritus* miteinander verbindet, der lebenszeugende Anhauch, der Wind Gottes, der weht, wo er will, ist — ließe sich dann aus den Stürmen, in denen die Kirche heute steht, nicht eher darauf schließen, daß der Geist in seinem Volk heute unter Umständen lebendiger wirkt als in Zeiten der Ruhe?

Keiner wagte eine ontologische Bestimmung

Merkwürdigerweise wurde diese Möglichkeit während der Münchner Tagung kaum in Betracht gezogen. Warum nicht? Ein Blick auf die Gesichtspunkte, unter denen das Thema behandelt wurde, ergibt vielleicht eine Antwort. An den Referaten und Diskussionsbeiträgen der be-

teiligten Professoren fällt zunächst auf, daß keiner von ihnen eine *ontologische* Bestimmung des Geistes versuchte; was der Geist ist, wurde nicht als Sein, sondern als Wirken beschrieben. Vom Substanzdenken des Thomas von Aquin distanzierte man sich mehr oder weniger eindeutig. Ebenso einhellig orientierte man die eigene Interpretation an Augustinus und dessen Schrift „De trinitate“. Auffallend auch die — mit Ausnahme von *Heribert Mühlen* — allen gemeinsame Bemühung, keine eigene These zur Diskussion zu stellen. Der Philosoph *Ludger Oeing-Hanhoff* begründete solche Zurückhaltung mit der Feststellung, der Geist, der als Materie der Philosophie gelte, sei nicht eindeutig zu definieren und überdies kein zentraler Begriff der gegenwärtigen Philosophie mehr. Er beschränkte sich deshalb darauf, einen Überblick über die Geschichte des Geistproblems zu geben, und konnte sich dabei sicher mit Recht darauf berufen, daß auch solches Unterfangen eine „aufklärende Funktion“ habe. Jedenfalls weckte es im Hörer den Eindruck, daß der Weg etwa von den Versuchen schon des Mittelalters, die Trinitätslehre „vernünftig“ zu begründen, bis zur Definition des Geistes als *mysterium stricte dictum* durch das Vaticanum I geradezu zwangsläufig in das „Vergessen“ der dritten Person mündete, das man heute beobachten zu können glaubt: den philosophischen und theologischen Spekulationen fehlt, wie der christliche Philosoph zugab, das „Anschauliche“ der sinnenfälligen Vorstellung vom lebenspendenden, liebend sich mitteilenden Hauch, die der Begriff „spiritus“ ursprünglich vermittelte.

Doch führt Oeing-Hanhoffs Meinung zufolge der Weg zum Intelligiblen zwar über das Sinnfällige; aber er wischte den von dem Salvatorianerpater *Strohm* in der